

Der Drogenanbau boomt - Reiche Ernte bei „Mister Poppy“

In Afghanistan wird immer mehr Schlafmohn angebaut, das - zu Heroin „veredelt“ nach Europa kommt. Die internationale Gemeinschaft ist ratlos. Ein Besuch bei den Opiumbauern in der Provinz Nangarhar.

Text und Fotos von Sven Hansen, Jalalabad

Abdul Wakil ist ein guter Fahrer, aber zu dieser Fahrt qualifiziert ihn besonders seine Vergangenheit als Mujahed. Denn in den 80er-Jahren kämpfte er hier im Hinterland der ostafghanischen Provinz Nangarhar für den paschtunischen Islamistenführer Gulbudin Hekmatyar gegen die sowjetische Armee und deren Statthalter. Wakil kennt sich hier bestens aus. Er habe damals als Erster mit einer amerikanischen *Stinger* auf sowjetische Hubschrauber gefeuert, erzählt er. Die tragbaren Raketen waren kriegsentscheidend. Heute jagen in dieser Grenzregion zu Pakistan US-Spezialeinheiten den aus Sicht der USA vom Freiheitskämpfer zum Terroristen mutierten Hekmatyar. Der kämpft jetzt mit den Taliban gegen Amerikaner und die Regierung Hamid Karzais. „Hekmatyar ist ein schlechter Mensch,“ meint Wakil. Er selbst floh einst vor den Taliban nach Pakistan.



US-Hubschrauber über dem Opiumdorf Miran bei Jalalabad.

Lebensgrundlage Opium

Nach einer halben Stunde hält der Wagen in Miran. Das Dorf lebt wie ein Großteil der Region von der Produktion von Opium, dem Rohstoff für Heroin. Laut dem UN-Büro für Drogen und Verbrechen (UNODC) ist Nangarhar inzwischen Afghanistans Provinz mit der höchsten Opiumproduktion. 23 Prozent des afghanischen Opiums stammen von hier.

Beim Dorfladen wartet Mirwais. Wie alle in Miran möchte er seinen richtigen Namen nicht nennen. Mirwais ist der Einzige in einem Dorf mit 2.000 Familien, der ein Landwirtschaftskolleg besuchte. Die Bauern nennen ihn nach dem englischen Namen der Mohnpflanze, aus der das Opium gewonnen wird, ehrfurchtsvoll „Mister

„Poppy“. Mirwais ist hier der Opium-experte.

Er läßt drei hölzerne Bettgestelle auf den Dorfplatz tragen, die Gäste bekommen Tee und die Diskussion mit vierzig Opiumbauern beginnt. „Das Dorf wurde in der kommunistischen Zeit zerstört“, erklärt Mirwais und zeigt nach hinten. „Dort hinter dem Fluß waren die Mujaheddin.“ Früher bauten die Bauern hier Zuckerrohr, Reis und Weizen an. Die Regierung hätte begonnen, den Bauern niedrige Preise für ihre Produkte zu diktie-

ren. Als die Mujaheddin die Kontrolle übernahmen, sei mit dem Opiumanbau begonnen worden, bis die Taliban dies verboten. Jetzt wird wieder gesät: „Letztes Jahr hat die Hälfte des Dorfes Opium angebaut, in diesen Tagen werden zwei Drittel der Bauern hier Schlafmohn säen“, sagt Mirwais.

Die Anwesenden bestätigen das. „Wir haben nur wenig Land, keine Fabriken oder Büros. Wir haben keine Klinik und nicht mal eine Schule“, klagt ein Bauer, der vor einem Jahr aus Pakistan zurück-

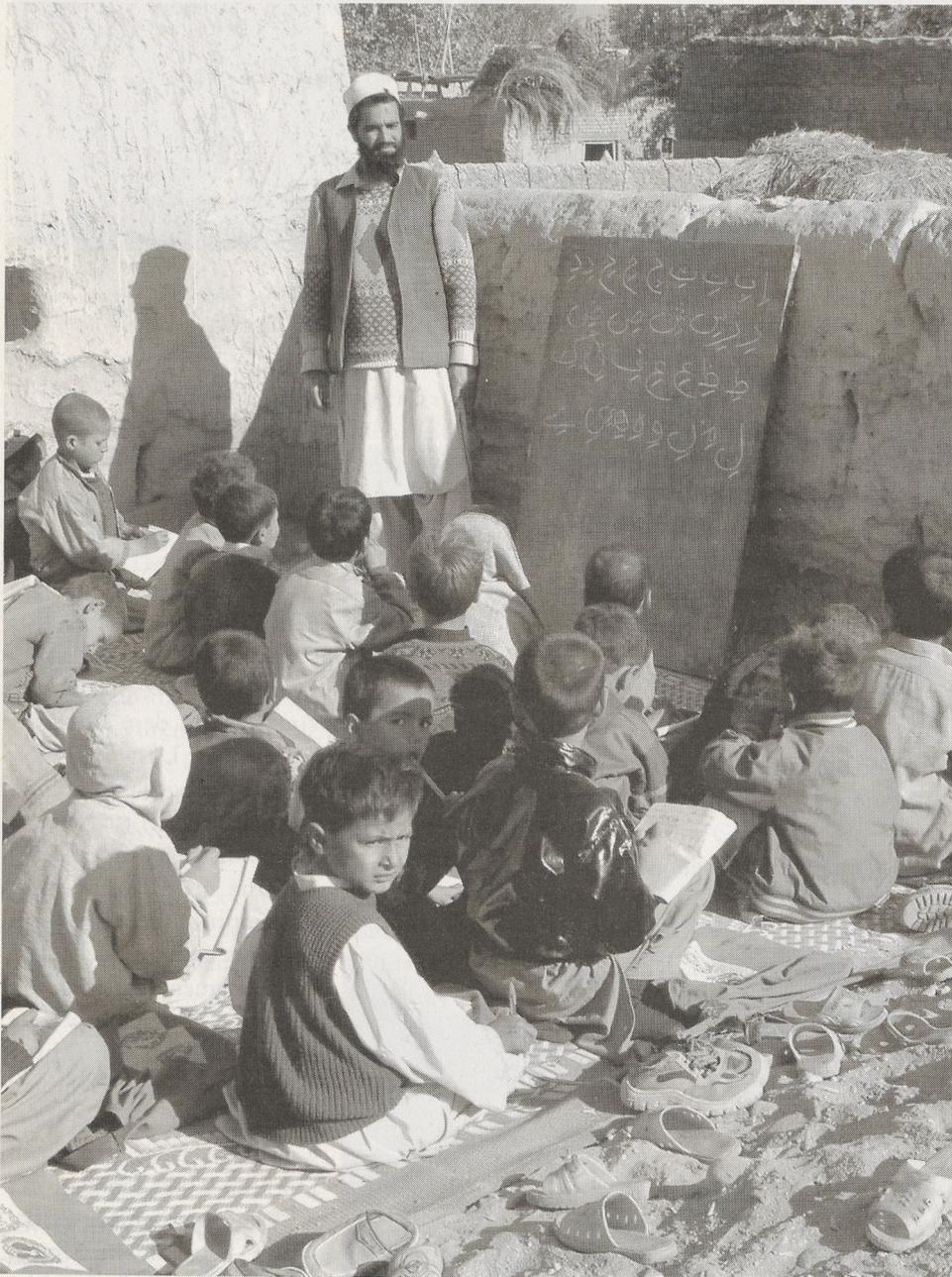
kehrte und ein zerstörtes Haus vorfand. „Viele hier haben gewartet, daß uns die Regierung hilft“, sagt Mirwais, „doch da dies nicht geschah, bauen wir Opium an.“ Manche hätten zunächst Präsident Karzais Verbot beachtet. Doch da diejenigen, die weiter angebaut hätten, nicht bestraft worden seien, bauten immer mehr Opium an.

Drogenpolitik im Zwielficht

„Der Koran sagt, wir sollen es nicht pflanzen. Doch er sagt auch, wir müssen unsere Familie ernähren. Bauen wir kein Opium an, werden unsere Kinder hungern“, sagt Bauer Hazrat. In der letzten Saison habe er auf einem Sechstel seines 1,2 Hektar großen Landes Schlafmohn angebaut und dafür brutto umgerechnet 1.800 Dollar erhalten. Jetzt will er die Produktion steigern. Letzte Woche seien Händler aus Pakistan gekommen und hätten den Bauern Kredit gegeben, die Opium anbauen. Über die Bedingungen will niemand sprechen. Klar ist aber, daß, wer etwas anderes pflanzt, von niemandem Kredit erhält.

Durch Opium erziele er bis zu 20-mal mehr Einkommen als mit Weizen, erklärt Hazrat. Während er spricht, fliegen US-Militärhubschrauber über das Dorf. Sie kehren von der Front in den Nachbarprovinzen Kunar und Nuristan nach Jalalabad zurück. Der Opiumpreis sei zwar wegen des starken Produktionsanstiegs gefallen, doch das gelte nach einer Rekordernte auch für Weizen. Auch die ausländischen Hilfslieferungen hätten den Weizenpreis gedrückt.

Vor drei Jahren baute niemand in Miran Opium an. „Die Taliban kamen und kontrollierten, daß wir uns an ihr Verbot halten“, sagt Bauer Bashir. Zuvor hatten die Taliban den Opiumanbau nur besteuert und damit ihre Kriegskasse gefüllt. Um für internationale Anerkennung zu werben, verhängte Talibanchef Mullah Omar im Juli 2000 ein Anbauverbot, das brachial durchgesetzt wurde. Die Opiumproduktion sank um 91 Prozent auf



Koranschule in Miran. Eine reguläre Schule hat das Dorf nicht.



Dorfladen in Miran: Große Gewinne winken nur im Drogengeschäft.

Opiumanbau aus, doch nach Meinung aller Befragten dulden sie den Drogenanbau ihrer eigenen Unterstützer, wenn sie nicht gar selbst darin verwickelt sind und zumindest durch dessen Besteuerung davon profitieren.

„Die Bauern bauen jetzt noch mehr Opium an“, sagt der Drogenbekämpfer. „Wir haben versprochen, ihnen mit Saatgut und Bewässerung zu helfen. Aber wegen wirtschaftlicher Probleme konnte die Regierung in Kabul dies nicht halten.“ Ghaus sagt, er habe im September einen umfassenden Dorfentwicklungsplan nach Kabul gesandt, mit dem die Bauern durch Bewässerungs- und Tierzuchtprojekte, Gesundheitsstationen und Schulen vom Opiumanbau abgebracht werden

können. Doch die Ministerien in Kabul hätten sich noch nicht untereinander einigen können. Ghaus räumt ein, daß mit Alternativen begonnen werden müsse, bevor die Bauern im November und Dezember den Mohn säten. Für diese Saison sei es zu spät.

Kampf gegen „Narkoterroristen“

Ein nur gewaltsames Vorgehen hält Ghaus für erfolglos: „Die Bauern werden sich wehren.“ Das bestätigt Guhlhaliq Shinwari, der im Gegensatz zu den Bauern aus Miran selbstbewußt seinen Namen nennt. Der 48-jährige Stammesführer und Finanzbeamte aus dem Shinwar-Distrikt an der pakistanischen Grenze baut schon immer Mohn an. Als im vergangenen Jahr die Regierung 40 Polizisten und Soldaten in den Bezirk schickte, rückten diese schnell wieder ab. „Denn wir waren 1.000 Bewaffnete“, sagt Shinwari. Drei Frauen, 13 Söhne, 16 Töchter und 17 Enkel müsse er ernähren. Das könne auch ein Finanzbeamter nur mit Opiumanbau.

Bock als Gärtner?

Bauer Hazrat sagt: „Ich bekam 300 Dollar dafür, daß ich mein Mohnfeld kurz vor der Ernte vernichtete.“ Die Entschädigung findet er viel zu niedrig. Dabei hat er noch Glück gehabt. Denn er bekam den offiziell festgesetzten Preis pro *Jerib*, wie das afghanische Flächenmaß von einem Fünftel Hektar heißt. Andere Bauern erhielten viel weniger, weil Beamte und *Warlords* Geld für sich abzweigten.

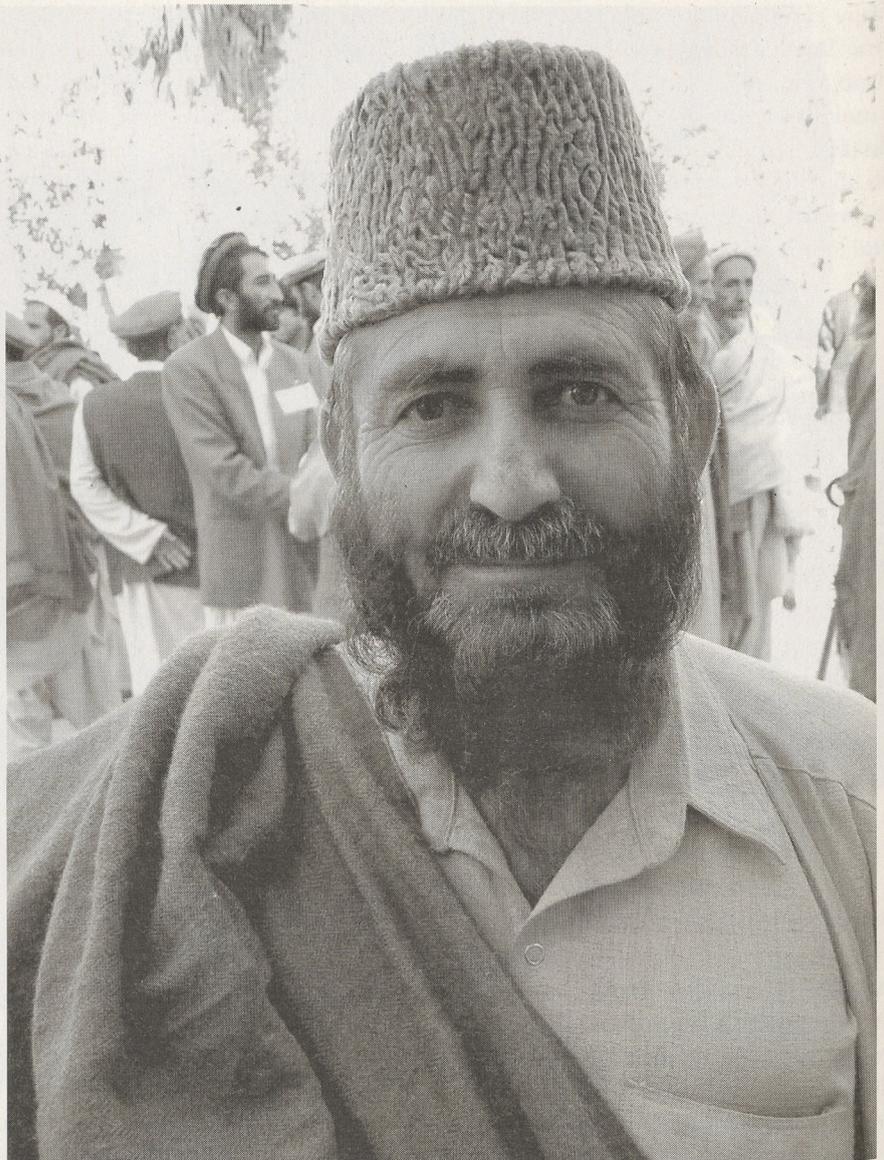
Abdul Ghaus macht daraus keinen Hehl. Er ist Chef der Drogenbekämpfungsbehörde der Provinz Nangarhar. Früher war er Finanzchef des *Warlords* Hazrat Ali, dem er noch heute verbunden ist. Alis Kämpfer brauchten die USA im Dezember 2001, um Osama Bin Laddens Bergfestung Tora Bora einzunehmen. Heute kritisiert Ghaus, der von seinem Büro in Jalalabad die schneebedeckten Berge von Tora Bora sieht, die Provinzregierung. Deren Gouverneur ist der Rivale von *Warlord* Hazrat Ali. Beide sprechen sich öffentlich gegen den

185 Tonnen bei gleichzeitiger Produktionssteigerung in den von der damals oppositionellen Nordallianz kontrollierten Gebieten. Der Handel mit Opium blieb dagegen nach den Rekordernten 1999 und 2000 mit 4.565 und 3.276 Tonnen weiter erlaubt, so daß das Anbauverbot vor allem die Preise stabilisierte.

„Wir hatten Angst vor den Taliban“, sagt Bashir verbittert. „Sie dachten überhaupt nicht an uns Bauern.“ Das versuchten zumindest die britische und die neue afghanische Regierung, als sie nach dem Sturz der Taliban im April und Mai 2002 Karzais Opiumverbot durchsetzen wollten. Weil die Bauern schon während der US-Angriffe gegen die Taliban im November und Dezember 2001 wieder Opium gesät hatten, sollte der Stoff aus dem Verkehr gezogen werden. Die Bauern sollten entschädigt werden. Die britische Regierung überwies der afghanischen dafür 50 Millionen Dollar. Doch das Geld verpuffte ohne begleitende Maßnahmen wirkungslos, wenn es nicht gar - in der Hoffnung auf eine erneute Entschädigung - als Anreiz zum Opiumanbau wirkte. Die britische Botschaft in Kabul wollte dazu auf Anfrage keine Stellung nehmen.

Opium für die Welt

Nach einem drastischen Rückgang der Opiumproduktion im letzten Jahr der Talibanherrschaft (2001) hat Afghanistan inzwischen mit 75 Prozent der Weltproduktion wieder seinen früheren Spitzenplatz eingenommen. Nach UN-Angaben wurden 2002 und 2003 3.400 und 3.600 Tonnen Opium im Land am Hindu-kusch produziert. Es ist damit die Quelle für rund 90 Prozent des in Europa konsumierten Heroins. Mittlerweile wird in 28 der 32 Provinzen des Opium angebaut. Handel und Produktion im Gesamtumfang von mindestens 2,32 Milliarden Dollar machen mehr als die Hälfte des afghanischen Bruttosozialprodukts aus. 1,7 Millionen Menschen oder sieben Prozent der Bevölkerung leben von Drogenproduktion und -handel. (Sven Hansen)



Guhlhalig Schinwari, selbstbewußter Opiumbauer, paschtunischer Clanchef, Finanzbeamter und Oberhaupt einer 50-köpfigen afghanischen Familie aus dem Shinwari-Distrikt (Provinz Nangarhar) nahe der pakistanischen Grenze.

Der Finanzminister Ashraf Ghani warnt indessen, Afghanistan drohe Beute von „Narkoterroristen“ zu werden. Berichten zufolge sollen die Taliban ihre wiedergewonnene Stärke mit Drogen finanzieren. Außenminister Abdullah Abdullah bezeichnete dieser Tage den Drogenanbau als das größte Problem nach dem Terrorismus. Der Plan der Regierung in Kabul sieht vor, den Opiumanbau bis 2007 um 70 Prozent zu reduzieren und bis 2013 ganz auszumerzen.

Doch Diplomaten glauben nicht, daß die schwache Karzai-Regierung es sich vor den frühestens für Juni geplanten Wahlen leisten kann, ernsthaft gegen den Drogenanbau vorzugehen. Dies hieße, die *Warlords*, auf deren Unterstützung Regierung wie Amerikaner bei ihrem Kampf gegen die Taliban und *al-Qaida* angewiesen sind, direkt herauszufordern. In Ka-

bul kursieren derzeit Pläne für eine Drogenkonferenz im Frühjahr, auf der sich die internationale Gemeinschaft absprechen will. Gerüchten zufolge plane die US-Regierung ein militärisches Vorgehen wie in Kolumbien. Einige Bauern wollen bereits erlebt haben, wie ihre Mohnfelder von US-Hubschraubern mit Pflanzenvernichtungsmitteln besprüht worden seien. Doch ohne wirtschaftliche Anreize dürften sich nur wenige Bauern fügen. „Für 100 Dollar im Monat würde hier jeder Bauer auf den Opiumanbau verzichten,“ sagt Opiumexperte Mirwais beim Abschied aus Miran. Das Geld wollten die Bauern nicht geschenkt ha-

ben, sondern ehrlich verdienen. Der alte Kämpfer und jetzige Fahrer Wakil äußert sich auf der Rückfahrt skeptisch. „Hier gibt es nur zwei Methoden zu Geld zu kommen: Mit der Waffe oder mit Opium. Wichtig ist, daß es ein lokales Gleichgewicht gibt, sonst bringen sich die Menschen hier gegenseitig um.“ 

► **Zum Autor:** Sven Hansen ist Redakteur der in Berlin erscheinenden „tageszeitung“ (taz).